CDU/FDP-GRUPPE SCHLÄGT HÖHERE INANSPRUCHNAHME DER FÖRDERUNG AUS DEM BILDUNGS - UND TEILHABEPAKET VOR

Veröffentlicht am 07.09.2021 um 08:01 von Redaktion LeineBlitz

Der Rat der Stadt Laatzen hatte sich in der Vergangenheit einstimmig für die Gründung des "Runden Tisches gegen Kinderarmut", unter Beteiligung der Politik ausgesprochen. . Daraus ist im April dieses Jahres eine Arbeitsgruppe entstanden, in der sich Vertreter aus Stadtverwaltung, Schule, KiTa, der Leine-VHS, dem Integrationsbereich und der Politik mit Maßnahmen zur Inanspruchnahme-Quote des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) befassen."Überraschend ist, dass im Bereich Lernförderung lediglich 30 Prozent der sechs bis 15-Jährigen die Mittel abrufen. In anderen Kommunen ist die Quote weit höher", so der Fraktionsvorsitzende der FDP, Gerd Klaus. Die Notwendigkeit nach Leistungen seien vorhanden, administrative und sprachliche Barrieren erschweren jedoch oftmals die Antragstellung, so die Arbeitsgruppenmitglieder. Diese wünschen sich das Beste für die Laatzener Bürger - und zwar altersübergreifend: Gerade aber für Kinder sind diese Leistungen gesellschaftspolitisch von großer Bedeutung. Klassenfahrten oder Ausflüge in Kita oder Schule, ergänzende und angemessene Lernförderung, Vereinsmitgliedschaften in Sportvereinen, Mittel für den persönlichen Schulbedarf, Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft und viele mehr zählen dazu. Die bisherigen wichtigen Ansprechpartner in Kita und Schulen bleiben, verweisen aber - und das ist das Ziel der Arbeitsgruppe - auf Unterstützer der Laatzener Verwaltung: Ein gemeinsamer Antrag aller Ratsparteien könnte hier in den Ratsgremien für Abhilfe sorgen. "Ein Antrag ist bereits formuliert und wird nunmehr mit den Fraktionsvorsitzenden aller im Rat vertretenen Parteien abgestimmt. Ziel sei, durch personelle Unterstützung aus der Verwaltung, die Kontakte zur Region Hannover und dem Jobcenter auszubauen, Formulare auch in verschiedenen Sprachen vorzuhalten und bei der Antragstellung maßgeblich zu unterstützen", so Gundhild Fiedler-Dreyer, Sprecherin der CDU/FDP Gruppe im Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Bereits im vergangenen Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten wurde ein Statement von ihr zur geplanten Antragstellung vorgetragen. Der Kreis der freien Träger aus Jugend- und Wohlfahrtsverbänden sowie der Kirchen haben einem gemeinsamen Antrag bereits ihr positives Signal gegeben.